

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 4.50 M., durch unsere Postämter gegen Nachnahme in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.25 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Postämter keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Einzelheft 1 M., für die 6 gefalteten Kopypapierblätter oder deren Raum, Bekanntheit, die 2spaltige Kopypapierblätter 2.50 M., bei Anzeigen und Jahresauftrag einschließlich Postzuschlag, Bekanntheit, die 2spaltigen Kopypapierblätter im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltigen Kopypapierblätter 3 M., Nachweilungsgebühr 20 Pf., Anzeigenannahme bis 10 Uhr, für die Nachweilung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt die Zeitung keine Haftung. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar. Bei Nichterfüllung der Bedingungen durch die Zeitung wird die Haftung der Auftraggeber in Haftung gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 189.

Sonntag den 14. August 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt.

Die Neuwahl der Mitglieder des Ausschusses findet am **Sonntag den 25. September 1921** im „Gasthof zum Weißen Adler“ in der Zeit von vormittags 9 bis nachmittags 2 Uhr statt.

für die Arbeitgeber in der kleinen Gaststube,
für die Versicherten im weißen Saale.

Zu wählen sind:

18 Arbeitgebervertreter und zwar

- 6 Vertreter als Ausschussvertreter
- 6 Vertreter als 1. Ersatzleute,
- 6 Vertreter als 2. Ersatzleute

und 36 Arbeitnehmervertreter und zwar

- 12 Vertreter als Ausschussmitglieder,
- 12 Vertreter als 1. Ersatzleute,
- 12 Vertreter als 2. Ersatzleute.

Die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten werden zur Einreichung von Wahlvorschlägen mit dem Hinweis aufgefordert, daß nur solche Wahlvorschläge Berücksichtigung finden können, die spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag bei dem unterzeichneten Kassenausschuss eingereicht werden, und daß die Stimmenabgabe auf Bewerber beschränkt ist, die in einem der Wahlvorschläge genannt sind. Die Wahlvorschläge liegen nach ihrer

Zulassung in der Geschäftsstelle der Kasse zur Einsichtnahme aus. Dasselbe können auch die als Wählerlisten dienenden Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse eingesehen werden.

Etwasige Einsprüche gegen die Richtigkeit der Verzeichnisse sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Kassenvorstande einzulegen.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Wahlausschuss befugt ist, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen und es empfiehlt sich daher, einen Ausweis zur Wahlhandlung mitzubringen.

Im Uebrigen verweisen wir auf die Bestimmungen in § 74 der Satzung und die der Satzung angefügte Wahlordnung.

Wilsdruff, am 13. August 1921.

Der Vorstand.

Paul Neumann, Vorsitzender.

Frische Tafeläpfel

(Gangton-Sondergaleichen) Standardpreis 1,50 M., bis auf weiteres täglich 8—1 Uhr, Zimmer Nr. 2

Wilsdruff, am 12. August 1921.

Der Stadtrat.

Bis zum **15. August** dieses Jahres ist die **2. Rate** der durch Anforderungsschreiben bekanntgegebenen **Reichseinkommensteuer** an unsere Stadtkassenkasse abzuführen.

Nach Fristablauf beginnt das Beitreibungsverfahren.

Wilsdruff, am 11. August 1921

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis **10 Uhr** vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Oberste Rat hat beschlossen, die oberösterreichische Frage dem Völkerbund zu überweisen.

* Der Reichskanzler hat den Reichstagspräsidenten Loeb und den stellvertretenden Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Abg. Müller-Franklin, empfangen.

* Ein Delegierter des Deutschen Roten Kreuzes ist nach Moskau unterwegs.

* Dr. Davy, der ungarische Regierungskommissar für das Burgenland, ist nach Ödenburg abgereist, um Besatzung zu übergeben. Man denkt, bis zum 27. August die Übergabe zu vollziehen.

* Der spanische General Romero und zwölf Offiziere, die aus dem Berge Arrufil (Marokko) eingeschlossen waren, sind in Melilla angekommen sein; über das Schicksal der Truppen ist nichts bekannt.

Völkerbund, hilf!

Die Verhandlungen in Paris haben mit einer großen Überraschung ihr vorläufiges Ende gefunden. Die Gegensätze zwischen der englischen und der französischen Auffassung haben sich entgegen allen Erwartungen doch nicht überbrücken lassen. Einen Augenblick lang schien es, als sei ein Bruch unvermeidlich. Bereits war der Ton der Pariser Presse gegen Lloyd George auf äußerste erregt geworden. Da hat man in letzter Stunde an Stelle einer wirklichen Lösung der Frage einen Ausweg gesucht und auch gefunden, allerdings einen Ausweg, der sowohl für die zur Entscheidung berufenen Mächte, die sich damit der eigenen Verantwortung entziehen, eine Blamage ist, als auch für Deutschland, und besonders für das unglückliche Oberschlesien selbst, denkbar ungünstige Ansichten eröffnet. Die letzte Nachricht aus Paris lautet: Die Oberschlesische Frage wird durch ein *Compromis* geregelt. Man ist übereingekommen, die Angelegenheit auf Grund von Artikeln 11 und 12 des Völkerbundsstatuts dem Völkerbund zu überweisen.

Dieses Kompromiß ist von allen möglichen Lösungen die schwächste und zugleich bedenklichste, wenn man einmal als selbstverständlich annimmt, daß eine Zuteilung wesentlicher Teile des Industriegebietes in Paris nach dem Stande der Verhandlungen unmöglich beschloffen werden konnte. Einmal bedeutet dieser Ausweg eine weitere Verschleppung der ganzen Frage auf zunächst unabsehbare Frist, und damit ist einer der wesentlichsten Wünsche der Franzosen erfüllt, die ihren polnischen Freunden soviel wie möglich Zeit zur „Bearbeitung“ des oberösterreichischen Landes und Volkes lassen wollen. Die Unsicherheit bleibt also zunächst auch weiterhin bestehen und kann in Oberschlesien selbst nur eine tiefe Enttäuschung zur Folge haben. Dann aber fragt man sich, welche Aussichten für die Lösung der Frage vor dem Völkerbund bestehen? Ganz abgesehen davon, daß Deutschland diesem Bunde nicht angehört und daß diese ganze Einrichtung überhaupt keinen Anspruch darauf erheben kann eine wirkliche unparteiische, überparteiliche Instanz zur Entscheidung internationaler Fragen zu sein, hat der Völkerbund bisher noch keinerlei Leistungen aufzuweisen, die ihn berechtigen könnten, in einem so hervorragenden wichtigen Falle seine Stimme hören zu lassen. Die Bedeutung dieser internationalen Fragen zu sein, hat der Völkerbund bisher noch keinerlei Leistungen aufzuweisen, die ihn berechtigen könnten, in einem so hervorragenden wichtigen Falle seine Stimme hören zu lassen. Die Bedeutung dieser internationalen Fragen zu sein, hat der Völkerbund bisher noch keinerlei Leistungen aufzuweisen, die ihn berechtigen könnten, in einem so hervorragenden wichtigen Falle seine Stimme hören zu lassen.

richter in der brennendsten Lebensfrage Deutschlands, ja Europas, berufen werden.

Dieses löblichen Verlegenheitsbeschlusses des Obersten Rates, der damit auf seine Vorrechte als „oberster“ Rat gewissermaßen verzichtet, kann man selbstverständlich nicht als die wirklich endgültige Lösung des oberösterreichischen Problems ansprechen. Wer ist denn dieser Völkerbund, und wessen Stimme spricht denn aus ihm, wenn er wirklich eines Tages zu einem Spruch über Oberschlesien kommen sollte? Es sind doch nur die gleichen Staaten, deren Führer jetzt in Paris angesichts der Notwendigkeit einer selbständigen Entscheidung verhandelt haben. Allerdings sind noch eine Reihe anderer Staaten im Völkerbund vertreten, aber die wirkliche Entscheidung wird nicht durch die Menge der Stimmen der Kleinen, auch zum Teil uninteressierten Staaten getroffen, sondern letzten Endes doch wieder von den gleichen Mächten, die jetzt zu keiner Einigung kommen konnten. Nur wird alles in eine unklare verschwommene Atmosphäre hineingesteuert, in der sich die unrichtigen politischen Wankenscharfen zwischen Paris und Warschau leichter verbergen und durchsetzen lassen, als es bisher der Fall gewesen sein mag. Und wenn schon in Paris unter drei Männern keine klare Lösung gefunden werden konnte, wie soll ein so ungeheurer schwieriger Problem von dem schwerfälligen Apparat des Völkerbundes bewältigt werden?

Man sieht schon heute den Tag voraus, an dem die oberösterreichische Frage auch vor dem Völkerbund — vorausgesetzt immer, daß sie wirklich dorthin gelangt, und daß Lloyd George und Briand sich die Sache nicht noch zweimal anders überlegen — in eine Krise über die andere gerät und letzten Endes wohl wieder von den gleichen Mächtern, die jetzt ihren Bankrott ansagten, herausgeführt und nach eigenem Ermessen „gelöst“ wird, falls man bis dahin Zeit fand, sich hinter den Kulissen besser zu einigen und vorzubereiten. Jetzt aber gilt wieder wie bisher die trostlose Parole: Warten — warten, und weiter duseln. Armes Oberschlesien! Mit wie wenig Weisheit wird die Welt regiert.

Irlands Entscheidung.

Einseiner-Parlament einberufen.

Wie eine Bombe ist die Depesche aus London, die de Valera's Antwort meldete, in die Pariser Verhandlungen hineingeflogen. Lloyd George kündigte sofort an, seine Anwesenheit in London sei dringender nötig, wichtiger jedenfalls als die in Paris — das Gend ist mir näher als der Tod. Der Inhalt der Antwort de Valera's ist natürlich noch unbekannt, man ist auf Vermutungen angewiesen. Eine Londoner Depesche meldet uns:

Die Antwort von de Valera auf die englischen Regierungsverträge über die irische Regelung ist Chamberlain überreicht worden. Chamberlain sagte, als er diese Tatsache dem Unterhause mitteilte, daß er de Valera's Antwort sofort an Lloyd George nach Paris weitergegeben habe. In unterrichteten Kreisen behauptet man, daß die irische Antwort ein *Non-Responde* sei, so ernst, daß dadurch die Rückkehr Lloyd George's veranlaßt werde.

„Erster Akt“, d. h. mit andern Worten, es fällt den Einseiner gar nicht ein, sich von Lloyd George's schönen Redensarten einwickeln zu lassen. Sie haben kein Vertrauen zu der englischen Regierung, und das kann ihnen wahrhaftig kein Mensch verübeln. Es will dagegen nicht viel bedeuten, wenn die englischen Stimmen sanfter klingen. Man kennt die englische Prozedur. Reiter erfährt aus wohlunterrichteten Kreisen, daß die Antwort de Valera's eine Fortsetzung der Verhandlungen wahrscheinlich macht und nicht darauf berechnet ist, ihren Verlauf in der Zukunft zu gefährden. „Star“ erfährt, daß die Einseiner

ore vorwiegend Lloyd Georges mit gewissen Vorbehalten annehmen werden. Das sind, wie gesagt, Reitermeldungen, die nur mit Fragezeichen genießbar werden. Aber selbst Reiter muß die folgende Meldung verbreiten:

Das Einseiner-Kabinett hat seine Vertreter in Rom, Paris und Washington beauftragt, nach Irland zurückzukehren, um einer Sitzung des Einseiner-Parlamentes beizuwohnen.

Das bedeutet, daß die irischen Nationalen vor die schwerste Entscheidung gestellt werden, die sich denken läßt, und daß sie durchaus nicht gewillt sind, die Frage im Saal zu laufen.

Massenflucht aus Rußland.

Polnische Angst vor der Cholera.

Während ganz Europa und Amerika, Freund und Feind, sich zur Hilfeleistung für das unglückliche Rußland zusammenfinden, haben die Polen nur Sorge um sich selbst. Eine Warschauer Meldung besagt:

An der polnischen Ostgrenze, namentlich nach Ostgalizien zu, macht sich in letzter Zeit ein sehr starker Zustrom russischer und ukrainischer Flüchtlinge bemerkbar, die unter dem Druck der aus den russischen Hungeregouvernements flüchtenden Abwanderer polnische Gebiet betreten. Damit ist die große Gefahr der Einschleppung von ansteckenden Krankheiten, namentlich der Cholera, verbunden. Der polnische Ministerrat beschloß, Maßnahmen zur Abwehr dieser bedrohlichen Zustände zu treffen.

Die polnischen „Maßnahmen“, von denen hier die Rede ist, können natürlich nur Absperrungen sein, denn zu hygienischer oder sanitärer Hilfeleistung ist die polnische Volkswirtschaft nicht in der Lage. Der Angabe, daß die Massenflucht aus Rußland sich gerade auf Polen zu bewegen, wird übrigens stark widersprochen. Die Engländerin Ellen Wilkinson, die sich seit über einem Monat in Rußland aufgehalten hat, um die dortige Gewerkschaftsbewegung zu studieren, hat einiges über ihre Erfahrungen im „Manchester Guardian“ mitgeteilt. Sie widerspricht aufs entschiedenste der Annahme, daß die Hungerschwärme sich nach Westen bewegen. Sie gingen nach Sibirien oder Ostsibirien, aber nicht nach Westen. Nach dem Westen zu gehen, läge gar kein Grund für die Hungerschwärme vor, denn die Zustände in Polen sind unbeschreiblich, und auch dort ist nichts zu finden. Die Hilfeleistung sei vorzugsweise eine Transportfrage, die Zahl der brauchbaren Lokomotiven in Rußland betrage nur 2000, eine Zahl, die zu gering sei, um das Getreide aus den getreidereichen Gegenden Rußlands heranzuschaffen. Die Zahl der Cholerafälle besitzert sich nach Ellen Wilkinson auf 130 000.

Weiter sagt Fräulein Wilkinson, es sei durchaus nicht wahr, daß in Rußland Anarchie herrsche. Die Leistungen der großzügigen Unterstützungsorganisationen fußen auf der Militärorganisation, an deren Spitze Trotzki steht. Die Militärmacht sei die leistungsfähigste öffentliche Einrichtung des Landes. Von Differenzen zwischen Trotzki und Lenin sei keine Rede. Sie würden einander als Leute, die viel zusammen durchgemacht hätten, aber Lenin sei ermüdet und überarbeitet, Trotzki sei gesund und leistungsfähig.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neue Deutsche Zahlungen an die Entente.

Deutschland hat jetzt zur Einlösung der von ihr an die Entente übergebenen Schatzwechsel wieder Zahlungen